

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 68 848 pphn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer
MdB zur bevorstehen-
den Gipfelkonferenz
des Bündnisses: NATO
wird zum Dinosaurier
der Weltpolitik.

Seite 1

Professor Dr. Uwe Hölz
MdB zum Erfordernis,
Demokratisierungsbe-
mühungen zu stärken:
Entwicklungspolitik neu
orientieren.

Seite 5

Dr. Haldi-Streletz MdL
zu einem Mediziner-
Kongreß in Bonn: Der
Fötus als Patient.

Seite 6

46. Jahrgang / 165

29. August 1991

NATO wird zum Dinosaurier der Weltpolitik Zur bevorstehenden Gipfelkonferenz des Bündnisses

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Am 6. / 7. November 1991 findet in Rom die NATO-Gipfelkonferenz statt, die auf der Grundlage der Vorschläge der NATO-Verteidigungsministerkonferenz vom 28. / 29. Mai 1991 in Brüssel und der NATO-Außenministerkonferenz vom 6. / 7. Juni 1991 in Kopenhagen eine neue Militärstrategie und die nächsten Ziele für Abrüstungsverhandlungen bestimmen soll.

Die neue Militärstrategie der NATO ist jedoch keine adäquate Antwort auf die neuen politischen Herausforderungen, und die neuen Abrüstungspläne der NATO sind äußerst dürftig. Dies galt bereits im Zeitraum der NATO-Ministerkonferenzen vom Frühjahr 1991, in dem die Auflösung des Warschauer Pakts stattfand. Umsomehr gilt dies aufgrund der Auflösungstendenzen in der Sowjetunion, die - wenn sie als politischer Rahmen der Republiken erhalten bleibt - in Zukunft eher die Form einer mehr desintegrierten Militärstruktur und einer politischen Konföderation annehmen dürfte. Der NATO ist dringend anzuraten, auch die aktuellen Entwicklungen in der Sowjetunion zum Anlaß zu nehmen, alle bisherigen Strategieüberlegungen grundlegend neu zu überarbeiten - statt die Vorlagen der Ministerkonferenzen auf dem NATO-Gipfel zu verabschieden. Ergreift sie diese Gelegenheit nicht, so ist sie in der Gefahr, der einzige Dinosaurier der Weltpolitik zu werden - nachdem der andere Dinosaurier gerade kläglich verendet ist.

Im Mittelpunkt der bisherigen Pläne der NATO steht das Vorhaben, schnelle Eingreifverbände zu bilden, die eine hohe Mobilität und Flexibilität haben sollen. Die NATO hält an Nuklearwaffen und an der Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes fest. Unklar ist nur die Frage, mit welchen nuklearen Ausrüstungen die Militärstrategie der Allianz verwirklicht werden soll. Durch die damit verbundenen neuen Rüstungsvorhaben wird einer Senkung der Rüstungsausgaben bis auf weiteres eine Absage erteilt. Gleichzeitig bestehen bisher noch sehr vage Vorstellungen über den weiteren Abrüstungsprozeß in Europa, die sich auf karge Maßnahmen zum Personalabbau und zum Abbau atomarer Kurzstreckenwaffensysteme beziehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kunststoff-Umgang
nur von allen Rohstoffen
Recycling-Papier



In den Kommuniqués der Konferenzen der NATO-Verteidigungsminister und der NATO-Außenminister in Kopenhagen wird dies begründet mit "Ungewißheiten und Risiken" angesichts der "schwierigen politischen Entwicklung" und der "beträchtlichen nuklearen und konventionellen Fähigkeiten" der Sowjetunion, "starken, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ethnischen Spannungen" in mittel- und osteuropäischen Staaten sowie "Risiken auch aus anderen Richtungen", womit der arabisch-islamische Raum gemeint ist. Dem gegenüber müsse die NATO

- das "strategische Gleichgewicht" wahren,
- und die "gemeinsamen Verteidigungsvorkehrungen der neuen Lage anpassen", nicht nur um die Bündnisverpflichtungen nach Artikel 5 des NATO-Vertrages weiter erfüllen zu können, sondern auch für eine "umfassende Fähigkeit, die Sicherheit seiner Mitglieder bedrohende Krisen erfolgreich zu bewältigen".

Damit wird unverhohlen auch eine militärische Funktion der NATO außerhalb ihres Geltungsberichts angesprochen. In der Zeit der Beendigung der militärischen Bedrohung aus dem Osten zieht sich durch die NATO-Verlautbarungen der rote Faden einer Stärkung der NATO. Allein in Punkt 1 der Kopenhagen-Erklärung heißt es, es gelte "die Verantwortung der europäischen Bündnispartner zu stärken", "die Sicherheitsdimensionen weiter zu stärken", "die Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis" zu erreichen, die "Wirksamkeit des atlantischen Bündnisses zu verstärken".

Die Überlegungen der NATO sind unakzeptabel. Sie bauen auf nebulösen Voraussetzungen auf. Geprägt von einer militärischen Sicherheitsmanie fühlt sie sich offenbar von allem militärisch bedroht, was sie politisch nicht unmittelbar kontrollieren kann. Die Realisierung der neuen Pläne würde dazu führen, daß die Menschheitschance verspielt wird, nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes nun endlich zu neuen nicht-militärischen Prioritäten in der internationalen Politik zu kommen.

Im einzelnen ergeben sich folgende Kritikpunkte:

1. **Unhaltbar ist der Versuch der NATO, ihre laufenden militärischen Anstrengungen damit zu begründen, daß gegenüber der Sowjetunion das "militärische Gleichgewicht" gewahrt werden müsse.**
Tatsache ist, daß das Wiener Abkommen über eine Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa vom Herbst 1990 nach dem Kriterium eines konventionellen Gleichgewichts zwischen NATO und Warschauer Pakt verloren und damit neben dem militärischen Potential ihrer ehemaligen Verbündeten auch ihr militärstrategisches Vorfeld. Außerdem befindet sie sich selbst in einem Desintegrationsprozeß. Es sind keine Versuche erkennbar, eine neue militärische Frontlinie in der Sowjetunion gegen den Westen aufzubauen. Daraus ergibt sich: Wenn die NATO das strategische Gleichgewicht will, müßte sie jetzt logischerweise entsprechende einseitige Rüstungsreduzierungen vornehmen, statt technologisch aufzurüsten.
2. **Untragbar ist der Versuch, neue militärische Anstrengungen mit Krisen in Ostmittel- und Osteuropa zu begründen.**
Kein Staat in dieser Region hat auch nur die entfernteste Absicht, geschweige denn die Möglichkeiten, die NATO militärisch zu bedrohen. Würde sich die NATO jedoch anheischig machen, ihre künftige Rolle darin zu sehen, militärisch in solche Krisengebiete zu intervenieren und damit als europäische militärische Ordnungsmacht zu wirken, so wäre das eine unakzeptable politische Anmaßung, die dem Gedanken der Vereinigung Europas widerspricht. Die NATO darf sich keine Rolle anmaßen, die nur der KSZE und einer europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zustehen kann, und die Westeuropa in militärische Abenteuer stürzt mit unabsehbaren Folgen.

3. **Grotesk ist der Versuch, die neue Strategie mit Bedrohungen aus dem Süden zu begründen.**
Die NATO macht sich lächerlich, wenn sie behauptet, irgendein Staat im islamisch-arabischen Raum hätte irgendeine militärische Fähigkeit dazu. Psychologisch würde die NATO zu einem Elefanten im Porzellanladen, indem sie bei Ländern jenseits des Mittelmeers, gegen die sie hochtechnisierte Eingreifverbände formiert, imperiale Bedrohungs- und Interventionsängste - und entsprechende Rüstungsanstrengungen - provoziert.
4. **Verhängnisvoll ist der Versuch, weiter an der Notwendigkeit atomarer Abschreckung festzuhalten.**
Die neue NATO-Strategie läuft, bei gleichzeitiger konventioneller und extremer wirtschaftlicher Überlegenheit der meisten ihrer Mitgliedstaaten darauf hinaus, Atomwaffen auch gegen nicht-atomare Länder zu richten - was nur zum Ergebnis haben kann, daß künftig mehr statt weniger Länder ihrerseits nach einem Besitz von Atomwaffen schießen.
5. **Verwerflich ist, daß die NATO mit der Bildung der schnellen Eingreiftruppen das der Sowjetunion gegebene politische Versprechen bricht, defensive Verteidigungsstrukturen zu entwickeln.**
Gegenstand der Wiener Verhandlungen waren und sind Bemühungen, die Fähigkeit zu Überraschungangriffen zu reduzieren. Wenn jetzt das Augenmerk aber darauf gerichtet wird, mit modernsten Mitteln eine auf höchste Mobilität und Flexibilität getrimmte Streitmacht zu bilden, erhöht dies die operative Fähigkeit zum Überraschungangriff, statt diese zu verringern. Damit torpediert die NATO eine konsequente Fortsetzung des Abrüstungsprozesses und vor allem des Prozesses der Vertrauensbildung. Tatsache ist, daß die sowjetische Zustimmung zur Ausdehnung der Bundeswehr auf das Gebiet der früheren DDR im Vertrauen darauf gegeben wurde, daß die NATO die angekündigte Änderung ihrer Strategie tatsächlich auch verwirklicht.
6. **Dürftig sind die Vorstellungen der NATO zum weiteren Abrüstungsprozeß.**
Der angekündigte Personalabbau ist zwar zu begrüßen, aber er stellt nicht mehr das wichtigste Problem dar. Statt die atomaren Kurzstreckenwaffen der USA aus Mitteleuropa abzuziehen, ebenso wie dies die Sowjetunion tut, verweist die NATO auf umständliche Verhandlungen und hält an den Plänen für neue luftgestützte atomare Kurzstreckenraketen ebenso fest wie an den atomaren Kurzstreckenwaffen im Mittelmeer und an atomaren Bombern. Die wichtigen Schritte zu einer maritimen Abrüstung und zu einer Abrüstung der Luftstreitkräfte werden von der NATO nach wie vor abgelehnt.
7. **Unverantwortlich ist die Absicht, zugunsten der neuen Strategie die Rüstungskosten aufrecht zu erhalten.**
Damit bindet die NATO, ohne rationale Gründe dafür angeben zu können, weiter die Mittel an die Rüstung, die zur friedlichen Überwindung von Krisen im Osten Europas und in der Dritten Welt fehlen.

Neue Grundziele zur Strategie und zur Fortsetzung des Abrüstungsprozesses

Auf dem kommenden NATO-Gipfel im November 1991 darf diese Strategie nicht verabschiedet werden. Die Parlamente und die Öffentlichkeit Europas sind aufgerufen, sich kritisch mit den anachronistischen Plänen des Bündnisses auseinanderzusetzen.

Wenn die Bundesregierung nicht ihre offiziellen Verlautbarungen zur Fortsetzung des Abrüstungsprozesses Lügen strafen will, kann sie der neuen Strategie der NATO nicht zustimmen. Die SPD wird rechtzeitig vor dem NATO-Gipfel die unhaltbaren Punkte der neuen NATO-Pläne im Bundestag zur Sprache bringen und entsprechende Anträge vorlegen.

Folgende neue Grundziele sind geboten:

1. für die Strategie

- der Verzicht auf jegliche militärische Aufgabenstellung der NATO außerhalb des Vertragsgebietes und auf die entsprechende Bildung schneller Eingreiftruppen;
- der Verzicht auf neue Waffensysteme, solange keine Strategie vorliegt, die dem Kriterium einer defensiven Verteidigungsstruktur entspricht;
- die Entwicklung einer eigenständigen gemeinsamen Sicherheitspolitik der EG, geknüpft an die Bildung von parlamentarisch kontrollierten politischen Institutionen, die sich nicht als verlängerter Arm der NATO verstehen darf;
- die weitere Entwicklung von KSZE-Sicherheitsinstitutionen, mit einer Rüstungskontroll-Agentur und einer integrierten Polizeitruppe zur Eindämmung gewaltsamer ethnischer und regionaler Konflikte innerhalb Europas;
- die deutliche Senkung der Rüstungsausgaben der NATO in Verbindung mit einem wirtschaftlichen Hilfsprogramm für Ost- und Mitteleuropa und den nordafrikanischen Raum;
- die grundlegende Bereitschaft sowohl der NATO wie auch der WEU, spätestens nach der Etablierung einer EG-Sicherheitspolitik und von KSZE-Sicherheitsinstitutionen ihre historische Rolle als erledigt zu betrachten und sich selbst aufzulösen.

2. für die konventionelle Abrüstung

- die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen unter Beteiligung aller KSZE-Mitglieder, wobei für diese Verhandlungen neue allgemein anwendbare nationale Verpflichtungskriterien zu entwickeln sind: denkbar wäre die Einführung einer Abrüstungskennziffer, nach der den Obergrenzen des jeweils zugestandenen Militärpotentials ein Schlüssel zugrundegelegt wird, der sich aus der jeweiligen geographischen Lage und der Bevölkerungszahl ergibt. Marine- und Luftstreitkräfte dürfen nicht ausgeklammert bleiben;
- eine einseitige Reduzierung der Rüstung der NATO auf das Niveau, das die Sowjetunion beziehungsweise gegebenenfalls Rußland künftig noch allein zur Verfügung haben wird;
- eine Mittelmeer-Abrüstungskonferenz unter Einbeziehung der USA und der Sowjetunion, und unter voller Berücksichtigung von Marine- und Luftstreitkräften, und mit dem Ziel einer Entfernung aller atomarer Waffen aus dieser Region.

3. Für den atomaren Bereich

- der Abzug der amerikanischen atomaren land- und luftgestützten Waffen vom Territorium aller europäischen Ländern, die nicht selbst darüber verfügen. Verhandlungen sind dafür nicht mehr notwendig. Vertraglich zu vereinbaren ist allerdings, daß solche Waffen nicht wieder rückverlegt werden sowie ihre kontrollierte Vernichtung;
- der Verzicht auf neue atomare Waffensysteme und die Bündnisstrategie der atomaren Abschreckung;
- die Auflösung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und ihre Ersetzung durch eine Konsultativgruppe für atomare Abrüstung;
- eine Initiative der Bundesregierung gegen die Stationierung der neuen französischen Kurzstreckenraketen vom Typ "Hades";
- ein neuer Anlauf zu einem vollständigen Atomteststop;
- die Eröffnung von atomaren Abrüstungsverhandlungen aller offiziellen Atomkräfte (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China), die bis zum Jahr 1995 - der bisherigen Geltungsdauer des Nichtverbreitungsvertrages - einen Vertrag zur vollständigen kontrollierten Beseitigung aller Atomwaffen aushandeln sollen;

die Entwicklung eines Kontroll- und Sanktionsinstrumentariums der Vereinten Nationen zur Unterbindung aller Versuche zur atomaren Rüstung; dieses Instrumentarium soll Bestandteil eines erweiterten Nichtverbreitungsvertrages ab 1995 werden.

(-/29. August 1991/rs/ks)

Entwicklungspolitik neu orientieren

Zum Erfordernis, Demokratisierungsbemühungen zu stärken

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nach gut einem halben Jahr Amtszeit der neuen Bundesregierung muß festgestellt werden: In der Praxis ihrer Entwicklungspolitik setzt die Bundesregierung falsche Signale.

Angesichts des Freiheitsdrangs der Völker auch in den Entwicklungsländern ist es unverantwortlich, Diktaturen wie China, Indonesien, Togo, Zaire und Malawi Hunderte von Millionen Mark an Entwicklungshilfegeldern zuzuschütten. Eine direkte oder indirekte Kollaboration mit Diktaturen darf es nicht länger geben. Eine drastische und nicht nur kosmetische Kürzung der Entwicklungshilfeszusagen gegenüber diesen Ländern ist geboten; allenfalls können nur noch solche Projekte, insbesondere über Nichtregierungsorganisationen, gefördert werden, die der notleidenden Bevölkerung direkt zugute kommen. Die so eingesparten Gelder sollten einer Demokratie- und Reformreserve zugeführt werden, aus der dann Entwicklungsländer mit dementsprechenden Eigenanstrengungen in Form von "Demokratisierungsprämien" besonders gefördert werden könnten.

Die deutsche Entwicklungspolitik muß nicht nur in Worten, sondern auch in Taten auf eine stärkere Demokratie- und Menschenrechtsorientierung ausgerichtet werden und sich am Leitbild einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft orientieren. Eine Entwicklungspolitik, die mit großen Industrieprojekten eher zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur sozialen Entwurzelung und letztlich zur Verarmung denn zur Entwicklung beiträgt, verdient diesen Namen nicht.

Für eine so veränderte Entwicklungszusammenarbeit müssen gerade jetzt, nachdem die Fesseln des Kalten Krieges von den Entwicklungsländern abfallen, die Mittel erhöht werden. Die für 1992 im Entwicklungshilfehaushalt vorgesehenen 8,15 Milliarden DM werden dem Anspruch des vereinten Deutschlands, auch gegenüber den Entwicklungsländern international eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, nicht gerecht. Wer Hungermärsche aus den Entwicklungsländern auf Westeuropa verhindern und auch deshalb lebenswürdige Bedingungen in der Dritten Welt mit schaffen will, muß die Entwicklungspolitik neu orientieren, mehr Mittel bereitstellen und sich für eine gerechte, soziale und umweltverträgliche Weltwirtschaft einsetzen.

(-/29. August 1991/rs/ks)

Der Fötus als Patient
Zu einem Mediziner-Kongreß in Bonn

Von Dr. Haldi Streletz MdL
Stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende

Der Fötus als Patient - diese neu entdeckte Sparte der Medizin war Titel eines Internationalen Kongresses, der vom 26. bis 28. August in Bonn stattfand. Man hat also den Fötus als Therapieobjekt entdeckt. Er wird damit zur Hauptsache ärztlichen Interesses, die Mutter, "das mütterliche Umfeld", wird nebensächlich. Ärzte übernehmen in Zukunft die Verantwortung für den Fötus, die Risiken für die Frau seien gering oder steuerbar (manageable).

Es wurde sehr deutlich, daß die sich vollziehende Spezialisierung dazu führt, daß man seine Therapie, seine Ergebnisse haben will, ohne über den Tellerrand zu schauen und die Risiken in anderen Bereichen zu betrachten, abzuwägen. So kann es bei fötaler Herztherapie zu Nebenwirkungen wie Wasserkopf oder Allergien kommen. Die kritische Diskussion dazu wurde beendet durch die Aufforderung des Kongreßverantwortlichen Wissenschaftlers, Professor Hansmann, man solle nicht so viel nachdenken, sondern Erfahrungen sammeln.

Nach Neuerungen gefragt auf der vorgeschalteten Pressekonferenz wurde dargestellt, es gäbe jetzt die Möglichkeit der fötalen Blutuntersuchung und neu sei auch die Übertragung von Stammzellen zur Korrektur genetischer Defekte. Letzteres wurde auf dem Kongreß noch nicht bestätigt, ersteres sehr wohl, bis hin zu Berichten, es sei möglich, über fötale Zellen im Blut der Mutter gezielte Untersuchungen des Fötus durchzuführen.

Die Intention aller Vortragenden: Diagnosen und Therapie immer weiter vorzuverlagern. Untersuchungen und Ansätze für Therapie werden folgerichtig schon vor der Implantation der Embryonen gesucht. Die Gefahr der Menschauslese nach Gesundheit, Geschlecht et cetera ist damit möglich. Die Diskussion um einen möglichen Katalog von Erbkrankheiten, die mittels Genomanalyse diagnostiziert werden können (von KritikerInnen heftigst bekämpft), beginnt unter den Pränatalmediznern an einer ganz anderen Ecke: Die Klassifizierung von Defekten nach genetisch - nicht genetisch, geeignet für pränatale und / oder postnatale Therapie, therapierbar oder nicht.

Bei all dem wird behauptet, die Ärzte würden durch die schwangeren Frauen gedrängt und durch die Politik, die ja die eugenische Indikation auf die 16. Woche festschreiben wolle. Die umgekehrte Frage sei gestattet: Können sich Frauen in bestimmten Entscheidungssituationen dem Ratschlag von Ärzten entziehen, wenn sie im Interesse ihres Kindes verantwortungsvoll handeln wollen?

Risiken der vorgestellten Techniken wurden verdrängt. Ein Kurzvortrag über Ethik beließ die Verantwortung bei den Frauen. Ein Vortrag beschäftigte sich mit der psychischen engen Verbindung des Fötus mit der Mutter, bezog jedoch die soziale und psychische Situation der Mutter selbst nicht mit ein.

Politik muß sich den Fragen der Ethik annehmen und auch Antworten geben, welche Techniken erlaubt sein sollen in der Anwendung und welche nicht verantwortbar sind. Die Defizite in der Wissenschaft in ethisch-moralischen Entscheidungen müssen bald ausgeglichen werden, bevor Fakten geschaffen worden sind, die nicht reversibel sind.

(-/28. August 1991/rs/ks)
